

Stand: 09.02.2026 07:21:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15172

"Gefahr durch "Reichsbürger" ernst nehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15172 vom 31.01.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15584 des KI vom 08.02.2017
4. Beschluss des Plenums 17/15980 vom 14.03.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 14.03.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und vor dem Hintergrund, dass „Reichsbürger“ im Verdacht stehen, eine terroristische Vereinigung gebildet und Anschläge auf Polizistinnen bzw. Polizisten, Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Menschen jüdischen Glaubens geplant zu haben, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport unverzüglich mündlich und schriftlich über die Entwicklung der Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“-Bewegung in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die von „Reichsbürgern“ und Personen der rechten Szene mutmaßlich gebildete rechtsterroristische Vereinigung, die Anschläge auf Polizisten, Asylbewerber und Menschen jüdischen Glaubens geplant haben soll, und gegen die derzeit die Bundesanwaltschaft ermittelt?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über den „Reichsbürger“ und Neo-Druiden Burghard B. (Burgos von Buchonia), der mehrere Jahre in Bayern gelebt hat?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Verbindungen zwischen der „Reichsbürger“-Bewegung und den Akteuren der Neo-Druiden?
- Auf wie viele Personen schätzt die Staatsregierung die „Reichsbürger“-Szene bayernweit (bitte nach Bezirken, regionalen Schwerpunkten und gegebenenfalls Organisationen oder „Reichsregierungen“ aufgliedern)?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über weitere politisch-motivierte Straf- und Gewalttaten von „Reichsbürgern“ in Bayern seit dem Jahr 2012?

- Gegen wie viele und welche Angehörige welcher Gruppierungen, „Reichsregierungen“ und Strömungen des „Reichsbürger“-Spektrums wurden nach Kenntnis der Staatsregierung innerhalb der letzten fünf Jahre wann, wo und aufgrund welcher einschlägiger Straftaten wie Amtsanmaßung, Nötigung, Missbrauch von Titel oder Verstößen gegen §§ 86, 86a, 130 des Strafgesetzbuchs (StGB) etc. juristische Schritte mit welchem Ergebnis eingeleitet?
- Wie bewertet die Staatsregierung konkret die politisch-ideologische Ausrichtung der „Reichsbürger“ in Bayern?
- Warum wird der Mord an dem Polizisten in Georgensmünd von der Bayerischen Polizei nicht als politisch motivierte Straftat bewertet (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke)?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen zwischen der „Reichsbürger“-Bewegung und anderen Akteuren der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene in Bayern – insbesondere zu den Gruppierungen „Der Dritte Weg“, „Die Rechte“, den verschiedenen PEGIDA-Ablegern oder zur AfD?
- Inwieweit beteiligten sich Angehörige des „Reichsbürger“-Spektrums während der letzten zwei Jahre an fremden- bzw. flüchtlingsfeindlichen Protesten?
- Wie viele Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes des Freistaates Bayern wurden seit dem Jahr 2012 von „Reichsbürgern“ verletzt oder angegriffen?
- Wie viele „Reichsbürger“ hat die Bayerische Polizei seit 1. Januar 2016 entwaffnet (bitte einzeln auflisten mit Beschreibung des Sachstands und Ort)?
- Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen bzgl. (möglicher) „Reichsbürger“ in den Reihen der Polizei?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über das „Deutsche Polizei Hilfswerk“ in Bayern?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über mögliche weitere Personen mit „Reichsbürger“-Hintergrund im öffentlichen Dienst und wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen?

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über mögliche Bezüge des Suizids eines 45-jährigen Spezialeinsatzkommando (SEK) Beamten des SEK-Nordbayern am 20. Januar 2017 zu den Schüssen eines „Reichsbürgers“ auf Polizeibeamte in Georgensgmünd am 19. Oktober 2016?
- Welche Schulungen, Informationsmaterialien, Weisungen oder Ratschläge für Landes- und kommunale Behörden gibt es mittlerweile (bitte einzeln auflisten und seit wann es diese gibt)?

Begründung:

Schon Anfang 2016 hat die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf das stetig wachsende Problem der „Reichsbürgerbewegung“ in Bayern aufmerksam gemacht (Schriftliche Anfrage von Katharina Schulze, Drs. 17/11736). Dabei wurde deutlich, dass der Staatsregierung keine Daten bzw. Statistiken über die Entwicklung der Aktivitäten und Gesetzesverstöße von Personen aus der „Reichsbürgerbewegung“ zur Verfügung stehen. Eine Auswertung der Berichts- und Eingabevorgänge die Einzelfälle betreffen, würde „einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern“.

Nachdem im Oktober 2016 ein „Reichsbürger“ in Georgensgmünd einen SEK-Beamten tödlich verletzt hatte, beantragte die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 25. Oktober 2016, die Staatsregierung soll über die „Reichsbürgerbewegung“ und die von ihr ausgehenden Gefahren berichten (Drs. 17/13817). Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Seitdem hat sich jedoch gezeigt, dass das Gefahrenpotenzial der „Reichsbürger“ im Freistaat Bayern noch größer ist, als bisher angenommen. Es wurden zahlreiche Meldungen über Waffenarsenale bei einzelnen „Reichsbürgern“ bekannt. Wie die Staatsregierung zugeben musste, verfügen von ca. 1.700 „Reichsbürgern“ in Bayern mindestens 290 über eine waffen-

rechtliche Erlaubnis (<http://www.br.de/nachrichten/reichsbuerger-waffen-erlaubnis-100.html>).

Die „Reichsbürger“ sind also überproportional bewaffnet im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt.

Anlässlich der am 25. Januar 2017 bundesweit durchgeführten Razzien bei Rechtsextremen wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft gegen „Reichsbürger“ wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Geplant hat die Gruppe rund um den Neo-Druiden und „Reichsbürger“ Burghard B. Anschläge auf Polizistinnen bzw. Polizisten, Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Jüdinnen bzw. Juden. Bei den Razzien stellte die Polizei Waffen, Munition und Sprengmittel sicher.

Auch gegen zahlreiche Polizeibeamtinnen und -beamte wurde bereits disziplinarrechtlich ermittelt aufgrund des Verdachts, dass sie der „Reichsbürger“-Bewegung angehören. Mehr als sechs Beamtinnen und Beamte wurden suspendiert (vgl. Drs. 17/14621, Frage 13). Unklar ist auch weiterhin die Verbindung des „Reichsbürgers“ aus Georgensgmünd zur Bayerischen Polizei. Die Polizei ermittelt gegen einen 50-jährigen Polizeibeamten, der mit dem „Reichsbürger“ aus Georgensgmünd im Kontakt stand. Zuletzt hat sich am 20. Januar 2017 ein SEK-Beamter des SEK Nordbayern in der Nähe seines Arbeitsplatzes erschossen. Wie aus Presseberichten bekannt wurde, ermittelt die Polizei auf Grund von Kontakten zwischen dem SEK-Beamten, dem 50-jährigen Polizeibeamten und dem „Reichsbürger“ aus Georgensgmünd (<http://www.sueddeutsche.de/bayern/nuernberg-suizid-eines-sek-beamten-1.3347296>).

Im Landtag müssen die Entwicklung und mögliche Gegenmaßnahmen intensiv diskutiert werden. Dazu benötigt der Landtag umfangreiche Informationen über den Zustand der „Reichsbürger“-Bewegung in Bayern und das Gefahrenpotential, das von ihr ausgeht. Staatsminister Joachim Herrmann, muss unverzüglich im zuständigen Ausschuss alle bisher bekannten Informationen offen legen.

tung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/15172**

Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatte: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 65. Sitzung am 8. Februar 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/15172, 17/15584

Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und vor dem Hintergrund, dass „Reichsbürger“ im Verdacht stehen, eine terroristische Vereinigung gebildet und Anschläge auf Polizistinnen bzw. Polizisten, Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Menschen jüdischen Glaubens geplant zu haben, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport unverzüglich mündlich und schriftlich über die Entwicklung der Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“-Bewegung in Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die von „Reichsbürgern“ und Personen der rechten Szene mutmaßlich gebildete rechtsterroristische Vereinigung, die Anschläge auf Polizisten, Asylbewerber und Menschen jüdischen Glaubens geplant haben soll, und gegen die derzeit die Bundesanwaltschaft ermittelt?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über den „Reichsbürger“ und Neo-Druiden Burghard B. (Burgos von Buchonia), der mehrere Jahre in Bayern gelebt hat?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Verbindungen zwischen der „Reichsbürger“-Bewegung und den Akteuren der Neo-Druiden?
- Auf wie viele Personen schätzt die Staatsregierung die „Reichsbürger“-Szene bayernweit (bitte nach Bezirken, regionalen Schwerpunkten und gegebenenfalls Organisationen oder „Reichsregierungen“ aufgliedern)?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über weitere politisch-motivierte Straf- und Gewalttaten von „Reichsbürgern“ in Bayern seit dem Jahr 2012?
- Gegen wie viele und welche Angehörige welcher Gruppierungen, „Reichsregierungen“ und Strömungen des „Reichsbürger“-Spektrums wurden nach Kenntnis der Staatsregierung innerhalb der letzten fünf Jahre wann, wo und aufgrund welcher einschlägiger Straftaten wie Amtsanmaßung, Nötigung, Missbrauch von Titel oder Verstößen gegen §§ 86, 86a, 130 des Strafgesetzbuchs (StGB) etc. juristische Schritte mit welchem Ergebnis eingeleitet?
- Wie bewertet die Staatsregierung konkret die politisch-ideologische Ausrichtung der „Reichsbürger“ in Bayern?
- Warum wird der Mord an dem Polizisten in Georgensmünd von der Bayerischen Polizei nicht als politisch motivierte Straftat bewertet (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke)?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Verbindungen zwischen der „Reichsbürger“-Bewegung und anderen Akteuren der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene in Bayern – insbesondere zu den Gruppierungen „Der Dritte Weg“, „Die Rechte“, den verschiedenen PEGIDA-Ablegern oder zur AfD?
- Inwieweit beteiligten sich Angehörige des „Reichsbürger“-Spektrums während der letzten zwei Jahre an fremden- bzw. flüchtlingsfeindlichen Protesten?
- Wie viele Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes des Freistaates Bayern wurden seit dem Jahr 2012 von „Reichsbürgern“ verletzt oder angegriffen?
- Wie viele „Reichsbürger“ hat die Bayerische Polizei seit 1. Januar 2016 entwaffnet (bitte einzeln auflisten mit Beschreibung des Sachstands und Ort)?
- Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen bzgl. (möglicher) „Reichsbürger“ in den Reihen der Polizei?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über das „Deutsche Polizei Hilfswerk“ in Bayern?
- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über mögliche weitere Personen mit „Reichsbürger“-Hin-

- | | |
|--|--|
| <p>tergrund im öffentlichen Dienst und wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen?</p> <p>– Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über mögliche Bezüge des Suizids eines 45-jährigen Spezialeinsatzkommando-(SEK)-Beamten des SEK Nordbayern am 20. Januar 2017 zu den Schüssen</p> | <p>eines „Reichsbürgers“ auf Polizeibeamte in Georgensgmünd am 19. Oktober 2016?</p> <p>– Welche Schulungen, Informationsmaterialien, Weisungen oder Ratschläge für Landes- und kommunale Behörden gibt es mittlerweile (bitte einzeln auflisten und seit wann es diese gibt)?</p> |
|--|--|

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Anlage. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen" auf Drucksache 17/10665. Dieser Antrag soll auf Antrag der Fraktion gesondert beraten werden. Der Aufruf erfolgt dann am späten Abend.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Abgeordneten. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern und des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof betreffend die Wahl der berufsrichterlichen Mitglieder und des Präsidenten und seiner Vertreter mit Zweidrittelmehrheit auf Drucksache 17/14537 bekannt. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 78. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Schatzregal in Bayern endlich einführen!
Drs. 17/1461, 17/15418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Bekämpfung der Diskriminierung an Hochschulen
Drs. 17/5972, 17/15417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Finanzierung der Jugendhilfekosten für unbegleitete junge Flüchtlinge auch nach Erreichen der Volljährigkeit sicherstellen
Drs. 17/10665, 17/15619 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen II: Freies WLAN in allen Regionalzügen
Drs. 17/11836, 17/15668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen III:
Schienenfahrzeuge mit Signalverstärkern ausrüsten
Drs. 17/11837, 17/15669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept für eine adäquate Betreuung von unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen – Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigen
Drs. 17/14133, 17/15568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Ja zur Sozialen Marktwirtschaft – Nein zu planwirtschaftlichem Verhalten
Drs. 17/14191, 17/15670 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Eberhard Rotter CSU
Einrichtung und Bedienung der Intercity-Linie (IC) Karlsruhe – Nürnberg –
Saalfeld – Jena – Leipzig durch die DB Fernverkehr AG ab 2017
Drs. 17/14329, 17/15672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Tobias Reiß CSU
Zügige Schaffung des neuen Ausbildungsberufs „E-Commerce-Kaufleute“ –
Einrichtung von Berufsschulangeboten zu Beginn des Berufsschuljahres
2018/2019
Drs. 17/14346, 17/15791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ aktualisieren – Agrarstrukturelle Belange integrieren
Drs. 17/14458, 17/15571 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachbesserungen bei den vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich der Berufszulassung für gewerbliche Immobilienmakler und Wohnungseigentumsverwalter im Sinne des Verbraucherschutzes dringend erforderlich
Drs. 17/14533, 17/15569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der B 20 im Bereich Cham-Janahof
Drs. 17/14534, 17/15673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Erwin Huber u.a. CSU
Gesundheitsinformationen im Internet – Chancen der Digitalisierung nutzen
Drs. 17/14602, 17/15784 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Vermehrter Einsatz von Recyclingbaustoffen bei staatlichen Baumaßnahmen
Drs. 17/14614, 17/15572 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte stärken – Freiheitsbeschränkende Maßnahmen bei behinderten Kindern und Jugendlichen nur mit richterlicher Genehmigung
Drs. 17/14662, 17/15785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftgütemessungen in der Umgebung des Flughafens München
Drs. 17/14704, 17/15573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Smoothies
Drs. 17/14717, 17/15574 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Fahndungsaktion gegen Einbrecherbanden
Drs. 17/14776, 17/15499 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechtssicherheit bei „Internet-Links“ gewährleisten
Drs. 17/14834, 17/15786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer,
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Nicht deklarierte Nanopartikel in Lebensmitteln
Drs. 17/14840, 17/15575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter CSU
S-Bahn-Haltestellen mit geringem Verkehrsaufkommen trotz
Verspätungen nicht auslassen
Drs. 17/14862, 17/15674 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Teilzeitfalle bekämpfen – Rückkehr zu Vollzeitbeschäftigung ermöglichen!
Drs. 17/15030, 17/15620 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Unterstützungsleistungen der bayerischen Salafistenszene aus dem Ausland
Drs. 17/15128, 17/15676 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gefahr durch „Reichsbürger“ ernst nehmen
Drs. 17/15172, 17/15584 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern
Drs. 17/15190, 17/15583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur sogenannten Reichsbürgerbewegung
Drs. 17/15191, 17/15582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU,
Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rolle der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in Europa stärken
Drs. 17/15200, 17/15686 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Demokratische Reform der Limbach-Kommission
Drs. 17/14774, 17/15124

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Walter Nussel, Eberhard Rotter u.a. CSU
Verminderung von Verkehrsunfällen mit Lkw-Beteiligung – Möglichkeiten der
Außerbetriebsetzung der in den LKW verbauten Fahrerassistenzsysteme
(Abstandswarner/Notbremsassistent) verhindern
Drs. 17/14861, 17/15140

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schnelles Internet in Bayerns Zügen I:
Volle Netzabdeckung entlang bayerischer Bahnstrecken
Drs. 17/11835, 17/15844 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

